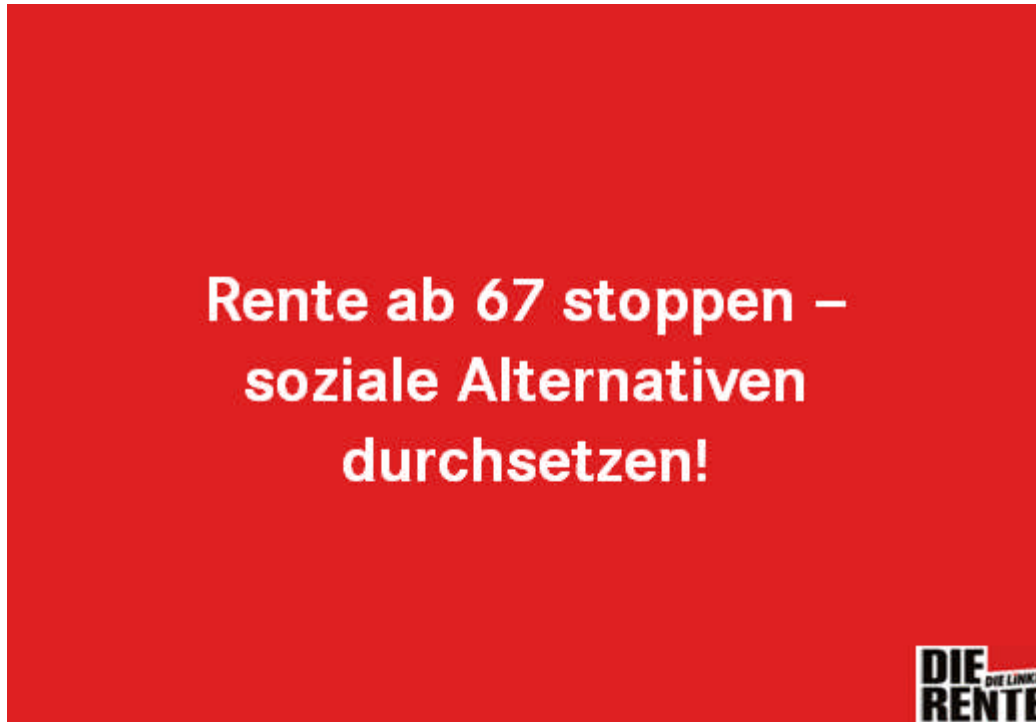


Mustervortrag zum Foliensatz „Rente ab 67 stoppen – Soziale Alternativen durchsetzen!“ –

LANGFASSUNG



Liebe Genossinnen und Genossen,

DIE LINKE. hat von Anfang an gegen die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre gekämpft. Die Rente ab 67 ist zwar bereits Gesetz. Das heißt aber nicht, dass an ihrer Einführung nichts mehr zu ändern ist. Gesetze können mit Mehrheit jederzeit wieder geändert werden. Außerdem steht in dem Gesetz eine Klausel, nach der die Bundesregierung alle vier Jahre und erstmals ab 2010 zu prüfen hat, ob die Anhebung des Rentenalters vor dem Hintergrund der Beschäftigungssituation Älterer sowie ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage überhaupt vertretbar ist.

Die Bundesregierung will diesen Überprüfungsbericht Ende November vorlegen. Aus vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen, den Monitoring-Berichten des Netzwerks für eine gerechte Rente – bestehend aus Gewerkschaften und Sozialverbänden – und selbst aus den Antworten der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/2271) wissen wir: Die Beschäftigungssituation Älterer ist katastrophal. Die Rente ab 67 darf deshalb nicht kommen. Wir werden daher zusammen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden im Herbst neben anderen Themen verstärkt gegen die Rente ab 67 mobilisieren. Um uns und Euch für diese Auseinandersetzung argumentativ zu wappnen, wollen wir uns heute mit den Problemen und den sozialen Alternativen zur Rente ab 67 beschäftigen.

1. **Stand der Debatte**
2. Arbeiten bis 67 – Wie soll das gehen?
3. Rente ab 67 – Programm für Rentenkürzung und Altersarmut
4. Falsche Prämissen der Rente ab 67
5. Soziale Alternativen zur Rente ab 67
6. Rente ab 67 stoppen!



Zunächst wollen wir auf den Stand der Debatte eingehen, uns dann vor dem Hintergrund von Daten zur Arbeitsmarktlage Älterer mit der Frage beschäftigen „Arbeiten bis 67 – wie soll das gehen?“ und auf die negativen sozialen Folgen der Rente ab 67 eingehen.

In einem weiteren Schritt sollen die falschen Prämissen der Rente ab 67 – der Mythos der Demografie und das Dogma der Beitragssatzstabilität – entlarvt und argumentativ widerlegt werden. Schließlich wollen wir die Alternativen der LINKEN zur Rente ab 67 und Perspektiven des Widerstands gegen die Rente ab 67 aufzeigen.

Stand der Debatte I – Die Regierung

- Einführung der Rente ab 67 von Union und SPD 2007 im Bundestag beschlossen
- Überprüfungs Klausel: Regierung muss 2010 erstmals prüfen, ob Einführung der Rente ab 67 vor Hintergrund Arbeitsmarktlage Ältere vertretbar ist
- Ergebnis der Antwort auf Große Anfrage der LINKEN.: nach wie vor katastrophale Arbeitsmarktlage Älterer
- Regierungsbericht im Spätherbst; dennoch bereits Festlegung auf Einführung der Rente 67



Die Einführung der Rente ab 67 wurde 2007 von Union und SPD unter tatkräftigem Vorantreiben Münteferings beschlossen. Durch das „Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ werden ab 2012 bis 2029 fast alle Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung um zwei Jahre angehoben. Das Regelalter für die Altersrente soll auf 67 Jahre steigen.

Ins Gesetz wurde auf Druck von Gewerkschaften und Sozialverbänden eine Überprüfungs Klausel aufgenommen, nach der die Bundesregierung 2010 erstmals zu prüfen hat, ob der Beschluss zur Anhebung der Altersgrenzen Bestand haben kann.

Wir meinen: Nein! Denn alle Daten und Fakten zeigen, dass die Arbeitsmarktlage Älterer nach wie vor katastrophal ist.

Die Bundesregierung hat zwar ihren eigenen Bericht noch nicht vorgelegt, hat sich aber dennoch schon auf das Festhalten an der Rente ab 67 fest gelegt. Dies zeigen die folgenden Zitate:

Regierung will Rente ab 67 auf Biegen und Brechen:

Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit + Soziales:

„Die Entscheidung ist in der letzten Legislatur gefallen“

(am 10.08. 2010 im Bayrischen Rundfunk)

Ralf Brauksiepe, Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

„Es wird dabei [der Rente erst ab 67] bleiben, egal wie die
Beschäftigung Älterer aussieht“

(Plenarprotokoll 16/231, S. 26168)

DIE
DIE LINKE.
RENTE

Stand der Debatte II – Die Opposition

- SPD: a) Einführung der Rente ab 67 um drei Jahre verschieben
b) davon abhängig machen, dass 50 Prozent der 60-65-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind;
c) Festhalten an Zieldatum 2029

- GRÜNE: Festhalten an Einführung und Zeitplan

- LINKE.: Gegen die Rente ab 67 – ohne Wenn und Aber!



Bei der SPD bewegt sich dagegen etwas. Sie hat per Präsidiumsbeschluss im Sommer beschlossen, die Einführung der Rente ab 67 um drei Jahre (auf 2015) zu verschieben und davon abhängig zu machen, dass 50 % der 60-65-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind. Dennoch will sie aber am Zieldatum 2029 festhalten.

Wir meinen: Das ist eine Mogelpackung. Entweder man hat ein Kriterium und macht die Einführung davon abhängig, ob es erfüllt ist, oder man hat ein fixes Zieldatum. An beidem Festzuhalten bedeutet nur, dass die Rente ab 67 dann umso schneller und brutaler kommt.

Die GRÜNEN wollen aus falsch verstandener Generationengerechtigkeit an Einführung und Zeitplan festhalten.

Nur DIE LINKE. steht ohne Wenn und Aber gegen die Rente ab 67.

1. Stand der Debatte
2. **Arbeiten bis 67 – Wie soll das gehen?**
3. Rente ab 67 – Programm für Rentenkürzung und Altersarmut
4. Falsche Prämissen der Rente ab 67
5. Soziale Alternativen zur Rente ab 67
6. Rente ab 67 stoppen!



Wir kommen jetzt zum zweiten Punkt: Arbeiten bis 67 – Wie soll das gehen?

Nur Minderheit Älterer in Beschäftigung

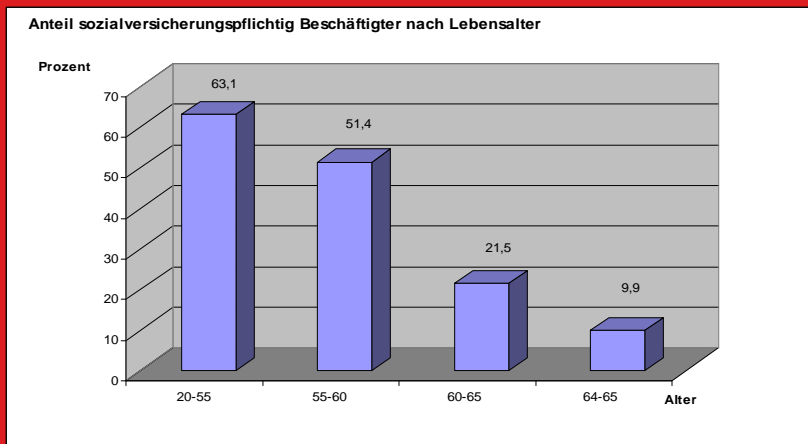
- Nur jede/r Dritte im Alter von 60 bis 65 Jahren ist erwerbstätig, davon nur jede/r Fünfte in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.
- Im eigentlich relevanten Alter von 64 Jahren ist nur jede/r Zehnte sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt gerade mal bei 63 Jahren.



Heute – bei geltendem Regelalter von 65 Jahren – ist nur jede/r Dritte im Alter von 60-65-Jahren erwerbstätig, davon nur jede/r fünfte (21,5%) in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Im für die Frage der Anhebung der Altersgrenzen eigentlich relevanten Alter von 64-65 Jahren ist nur jede/r Zehnte (9,9%) sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Quelle dieser Daten ist die Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage „Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67“, Bundestagsdrucksache 17/2271).

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt mit 63,2 Jahren noch fast zwei Jahre vom derzeit noch geltenden gesetzlichen Regelrentenalter von 65 Jahren entfernt.

Beschäftigungsquote sinkt mit Alter rapide:



DIE
DIE LINKE.
RENTE

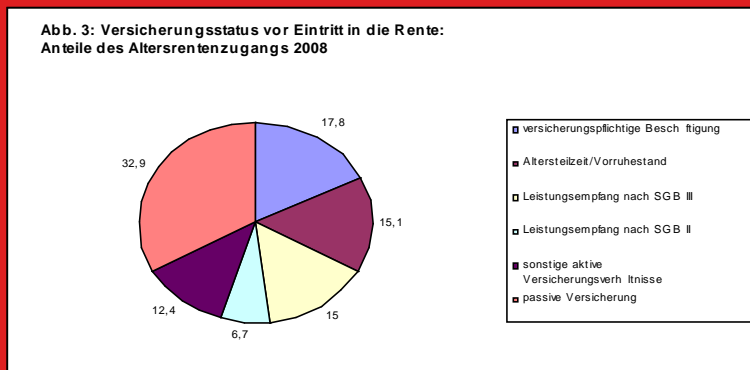
Die Bundesregierung argumentiert gerne mit der Beschäftigungssituation von Über 55-Jährigen. Das ist aber der falsche Maßstab. Es muss letztlich um diejenigen gehen, die kurz vor der heutigen Regelaltersgrenze, nämlich 65, stehen.

Hier zeigt sich deutlich, dass man differenzieren muss, denn die Quote der 55-60-Jährigen liegt deutlich über der der 60-65-Jährigen, geschweige denn der 64-65-Jährigen.

Die Bundesregierung stützt sich außerdem auf Erwerbsquoten. Auch diese sind jedoch ungeeignet, da hier selbst die mit gezählt werden, die lediglich etwas mehr als eine Stunde in der Woche arbeiten. Maßstab muss jedoch gute Arbeit – also zumindest sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – sein. Blickt man hier auf die Quote der 64-65-Jährigen sieht man das ganze Ausmaß der Misere: Nur knapp 10% dieser Altersgruppe steht noch in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

Woher kommen die Leute in die Rente?

- Im Rentenzugang 2008 kommt weniger als ein Fünftel aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, mehr als ein Fünftel aus Erwerbslosigkeit in die Altersrente.



DIE
DIE LINKE.
RENTE

Sieht man sich an, woher die Leute in die Rente kommen, zeigt sich, dass weniger als ein Fünftel aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung kommt (hier geht es um alle Altersrenten, nicht nur um die Regelaltersrente mit 65 Jahren). Mehr als ein Fünftel kommt aus Erwerbslosigkeit. Passive Versicherung, die den Rückzug vom Arbeitsmarkt anzeigt, Altersteilzeit, die in der Regel im Blockmodell genommen wird, und Erwerbslosigkeit zusammen genommen, kommen zwei Drittel der Neurentner/innen aus der Nichterwerbstätigkeit. (Die Bundesregierung zählt Personen in der Freistellungsphase der Altersteilzeit aber lieber als Beschäftigte).

Ältere haben kaum Chancen am Arbeitsmarkt

- 36 Prozent der Betriebe beschäftigen keine/n über 50
- Nur knapp 12 Prozent der Neueingestellten sind über 50 Jahre alt, in der Gruppe der 60-65-Jährigen sind es erschreckende 7,6 Prozent.
- Nur ein Fünftel der 60-jährigen schafft noch den Übergang aus der Erwerbslosigkeit in Erwerbstätigkeit, von den 64-jährigen nicht einmal mehr zehn Prozent.



Ältere, die erst einmal aus dem Arbeitsmarkt herausgeflogen sind, haben kaum Chancen wieder hinein zu kommen.

- 36 Prozent der Betriebe beschäftigen keine/n über 50
- Nur knapp 12 Prozent der Neueingestellten sind über 50 Jahre alt, in der Gruppe der 60-65-Jährigen sind es erschreckende 7,6 Prozent.
- Nur ein Fünftel der 60-jährigen schafft noch den Übergang aus der Erwerbslosigkeit in Erwerbstätigkeit, von den 64-jährigen nicht einmal mehr zehn Prozent.

Auch das zeigen die Zahlen aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage.

Wer früher gehen muss, bekommt Abschläge

- Schon heute müssen fast die Hälfte aller Neurentner/innen – im Osten sogar zwei Drittel – lebenslange Abzüge in Kauf nehmen.
- Die Abschläge belaufen sich im Schnitt auf 115 Euro/Monat. Das macht über die gesamte Rentendauer 25.000 Euro.
- Mit der Rente ab 67 steigen die Abschläge von max. 7,2 auf max. 14,4 Prozent

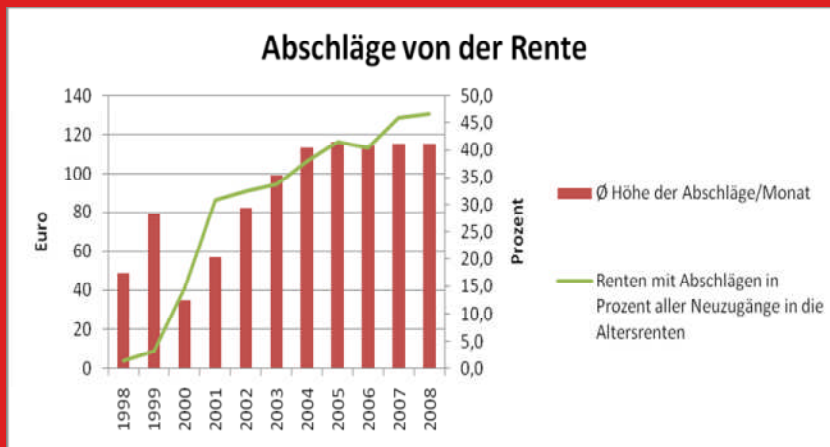


Der Arbeitsmarkt für Ältere ist also schlichtweg katastrophal. Viele gehen deshalb vorzeitig in Rente oder werden aus dem Hartz IV-Bezug heraus staatlich zwangsverrentet.

Wer früher gehen muss, bekommt aber empfindliche lebenslange Abschläge auf seine/ihre Rente. Auf 0,3% pro Monat bzw. 3,6% pro Jahr, das man früher geht, belaufen sich diese Kürzungen. Frühestens kann man mit 63 Jahren mit Abschlägen in Rente gehen, aber auch nur, wenn man 35 Versicherungsjahre hat. Dann belaufen sich die Abschläge auf 7,2%.

- Schon heute müssen fast die Hälfte aller Neurentner/innen – im Osten sogar zwei Drittel – lebenslange Abzüge in Kauf nehmen.
- Die Abschläge belaufen sich im Schnitt auf 115 Euro/Monat. Das macht über die gesamte Rentendauer 25.000 Euro.
- Mit der Rente ab 67 steigen die Abschläge von max. 7,2 auf max. 14,4 Prozent

Zahl der Abschläge bereits drastisch gestiegen:



Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Beschäftigungssituation älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67“ (Bundstagsdrucksache 17/2271, S. 49; eigene Darstellung)

DIE
DIE LINKE.
RENTE

Die Zahl der Renten mit Abschlägen ist bereits in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen – das zeigt diese Grafik. Mit der Rente ab 67 wird sie sich noch einmal drastisch erhöhen. Die Rente ab 67 ist damit ein Programm für Rentenkürzung und Altersarmut.

1. Stand der Debatte
2. Arbeiten bis 67 – Wie soll das gehen?
3. Rente ab 67 – Programm für Rentenkürzung und Altersarmut
4. Falsche Prämissen der Rente ab 67
5. Soziale Alternativen zur Rente ab 67
6. Rente ab 67 stoppen!

DIE
DIE LINKE.
RENTE

Programm für Rentenkürzung und Altersarmut

- durch Rente ab 67 noch mehr Abschläge
- vermehrte Arbeitslosigkeit, im Hartz-IV-Bezug kaum/keine Rentenbeiträge
- Abdrängung in prekäre Beschäftigung, kaum Anspruchserwerb

Die Konsequenz: zunehmende Altersarmut



Wenn das Rentenalter angehoben wird, obwohl die Menschen nicht so lange arbeiten können, werden noch mehr von ihnen noch höhere Abschläge haben. Damit werden noch mehr Renten unter das Niveau der Grundsicherung im Alter rutschen.

Wer als ältere/r Beschäftigte/r erwerbslos wird, hat kaum mehr eine Chance, in den Arbeitsmarkt zurück zukehren. Die Mehrheit der älteren Erwerbslosen landet deshalb in Hartz IV. Dort werden derzeit nur lächerliche Rentenansprüche von monatlich 2,09 Euro pro Jahr im Hartz IV-Bezug erworben. Auch diese will die Bundesregierung nun streichen. Im Hartz IV-Bezug droht außerdem die Zwangsverrentung mit Abschlägen von derzeit 7,2%, dann 14,4%.

Oder es kommt zur Abdrängung in prekäre Beschäftigung, z.B. in Minijobs, in denen i.d.R. keine bzw. kaum Rentenansprüche erworben werden.

Die Konsequenz der Rente ab 67 wird daher sein: zunehmende Armut im Alter.

1. Stand der Debatte
2. Arbeiten bis 67 – Wie soll das gehen?
3. Rente ab 67 – Programm für Rentenkürzung und Altersarmut
4. Falsche Prämissen der Rente ab 67
5. Soziale Alternativen zur Rente ab 67
6. Rente ab 67 stoppen!



Wir/ich möchte nun kurz auf die falschen Prämissen eingehen, die der Rente ab 67 zugrunde liegen – zunächst auf den Mythos der so genannten Lohnnebenkosten.

Falsche Prämissen I: Mythos “Lohnnebenkosten”

- Die Rente ab 67 soll helfen, die gesetzlich für die Rentenversicherung fest gelegten Beitragssatzziele zu erreichen.
- Der Beitragssatz wurde mit dem Argument gedeckelt, die “Lohnnebenkosten” seien zu hoch.

ABER:

- Deutschland ist Exportchampion. Wären die Lohnkosten in Deutschland zu hoch, würden deutsche Produkte im Ausland keinen Absatz finden.
- Die Lohnstückkosten (Lohnkosten im Verhältnis zur Produktivität) sind in Deutschland im Vergleich zu anderen starken europäischen Volkswirtschaften eher niedrig.
- Die “Lohnnebenkosten” machen nur 6 Prozent oder 14 Cent einer Handwerkerstunde aus.
- “Lohnnebenkosten” sind Teil des Lohns. Wer sie kürzen will, will die Löhne kürzen.



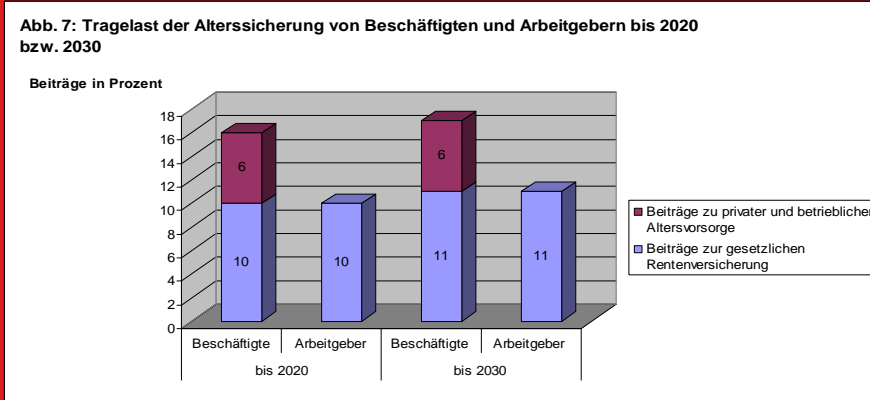
Die Rente ab 67 soll helfen, diese zu begrenzen, indem der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung unter einer bestimmten Marke (20% bis 2020 und 22% bis 2030) gehalten wird. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wurde seinerzeit von der Schröder-Regierung mit dem Argument gedeckelt, die „Lohnnebenkosten“ in Deutschland seien zu hoch.

Fakt ist aber:

- Deutschland ist Exportchampion. Wären die Lohnkosten in Deutschland zu hoch, würden deutsche Produkte im Ausland keinen Absatz finden.
- Die Lohnstückkosten (Lohnkosten im Verhältnis zur Produktivität) sind in Deutschland im Vergleich zu anderen starken europäischen Volkswirtschaften eher niedrig.
- Die “Lohnnebenkosten” machen nur 6 Prozent oder 14 Cent einer Handwerkerstunde aus.

Im Übrigen sind “Lohnnebenkosten” Teil des Lohns, mit dem die Sozialbeiträge der Beschäftigten bezahlt werden. Wer sie kürzen will, will die Löhne kürzen und die Sozialleistungsansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Beitragssatz nur für Arbeitgeber gedeckelt:



Die Beiträge bleiben nur für die Arbeitgeber stabil. Die Beschäftigten müssen die Lücke in ihrer Alterssicherung durch private und betriebliche Vorsorge ausgleichen. Dafür sollen sie vier Prozent ihres Einkommens für die staatlich geförderte Riester-Rente und weitere drei Prozent für eine betriebliche oder andere kapital gedeckte Form der Altersvorsorge aufwenden. Sie müssen damit bis 2020 16 Prozent und bis 2030 17 Prozent ihres Einkommens für eine Lebensstandard sichernde Altersvorsorge aufbringen. Die Rente ab 67 soll sie dagegen nur um 0,25 Prozent entlasten.

DIE
RENTE
DIE LINKE.

Die Beiträge bleiben im Übrigen nur für die Arbeitgeber stabil. Die Beschäftigten müssen die Lücke in ihrer Alterssicherung durch private und betriebliche Vorsorge ausgleichen. Dafür sollen sie vier Prozent ihres Einkommens für die staatlich geförderte Riester-Rente und weitere drei Prozent für eine betriebliche oder andere kapital gedeckte Form der Altersvorsorge aufwenden. Sie müssen damit bis 2020 16 Prozent und bis 2030 17 Prozent ihres Einkommens für eine Lebensstandard sichernde Altersvorsorge aufbringen.¹ Die Rente ab 67 soll sie dagegen nur um 0,25 Prozent entlasten. Das macht bei einem/r durchschnittlich verdienenden/m Beschäftigten sieben Euro im Monat aus. Selbst dafür würden wohl die meisten gerne auf die Rente ab 67 verzichten – geschweige denn, wenn sie gar nicht mehr zahlen müssten, sondern die Arbeitgeber einfach wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt würden.

¹ Nicht 17 bzw. 18 Prozent, sondern 16% bzw. 17% ergeben sich, weil man die staatliche Förderung der Riester-Rente von im Schnitt einem Prozent berücksichtigen muss.

Falsche Prämissen I: Mythos Demografie

Wir werden immer älter. Deswegen sind die Renten nicht mehr bezahlbar, muss das Niveau sinken, müssen wir alle länger arbeiten – so das zweite Märchen.

UNSINN!

▪ Denn es kommt nicht auf das Verhältnis von Jung und Alt, sondern von BeitragszahlerInnen zu RentnerInnen an. Durch Senkung der Arbeitslosigkeit, die Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die Abschaffung geringfügiger Beschäftigung kann dieses deutlich verbessert werden.

▪ Auf eine Person im Alter ab 65 Jahren kamen 1960 5,8 Personen im Erwerbsalter. Heute sind es gut 3. Dieser dramatische Wandel wurde in der Vergangenheit durch Produktivitätsfortschritte und eine zunehmende Erwerbstätigkeit unmerklich bewältigt.

▪ Auch geringe Produktivitätsfortschritte können den demografischen Wandel bei entsprechender Verteilung locker ausgleichen.



Die zweite falsche Prämisse lautet wie folgt: Wir werden immer älter, deshalb müssen wir auch länger arbeiten.

Das ist Unsinn!

- Denn es kommt nicht auf das Verhältnis von Jung und Alt, sondern von BeitragszahlerInnen zu RentnerInnen an. Durch Senkung der Arbeitslosigkeit, die Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die Abschaffung geringfügiger Beschäftigung kann dieses deutlich verbessert werden.
- Auf eine Person im Alter ab 65 Jahren kamen 1960 5,8 Personen im Erwerbsalter. Heute sind es gut 3. Dieser dramatische Wandel wurde in der Vergangenheit durch Produktivitätsfortschritte und eine zunehmende Erwerbstätigkeit unmerklich bewältigt.
- Auch geringe Produktivitätsfortschritte können den demografischen Wandel bei entsprechender Verteilung locker ausgleichen.

Der Knackpunkt ist daher die Verteilung: Nur wenn die Beschäftigten wieder bessere Löhne bekommen und wenn die Arbeitgeber an den Kosten der Alterung beteiligt werden, kommt der Produktivitätsfortschritt auch in den Finanzen der Rentenversicherung an.

1. Stand der Debatte
2. Arbeiten bis 67 – Wie soll das gehen?
3. Rente ab 67 – Programm für Rentenkürzung und Altersarmut
4. Falsche Prämissen der Rente ab 67
5. Soziale Alternativen zur Rente ab 67
6. Rente ab 67 stoppen!



Von den Prämissen wollen wir nun einen großen Sprung zu den Alternativen machen.

Diese lassen sich in zwei Stränge gliedern: einen arbeitsmarkt- bzw. beschäftigungspolitischen und einen rentenpolitischen Strang.

Soziale Alternativen I: Gute Arbeit, gute Löhne

- mehr gute Arbeit: Schaffung von zwei Mio. zusätzlichen Arbeitsplätzen in Wirtschaft und öffentlichem Dienst, 500.000 sozialversicherte ÖBS-Stellen, Abschaffung der Minijobs
- gute Löhne: gesetzlicher Mindestlohn und umverteilende Lohnpolitik



Beim beschäftigungspolitischen Strang geht um

* mehr Beschäftigung – wobei es nicht um irgendwelche Beschäftigung gehen kann, sondern um gute Arbeit gehen muss.

* und um gute Löhne, also eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands

DIE LINKE. will durch ein Investitionsprogramm zwei Mio. zusätzliche Arbeitsplätze in Wirtschaft und öffentlichem Dienst schaffen. 500.000 sozialversicherte Stellen sollen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor entstehen. Wir wollen außerdem, dass jede Stunde Arbeit sozialversicherungspflichtig ist, damit die Beschäftigten Ansprüche erwerben und den Sozialkassen keine Beiträge entgehen. Minijobs wollen wir deshalb abschaffen.

Durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde und eine Lohnpolitik, die dafür sorgt, dass die Beschäftigten wieder angemessen am Wertzuwachs beteiligt werden, wollen wir erreichen, dass die Beschäftigten ausreichende Rentenansprüche aufbauen können, die im Alter vor Armut schützen, und wieder mehr Geld in den Sozialkassen landet.

Soziale Alternativen II: Gerechte Finanzierung

- Aufhebung des Beitragssatzdogmas: 7 Euro mehr für Durchschnittsverdiener/in für zwei Jahre weniger arbeiten
- Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Alterssicherung; gleiche Tragelast für Beschäftigte und Arbeitgeber
- solidarische Erwerbstätigenversicherung: Einbeziehung aller Berufsgruppen, Deckelung der hohen Renten



Der zweite Strang sozialer Alternativen zur Rente ab 67 setzt an der Rentenpolitik an:

* Hier muss das Beitragssatzdogma fallen. Denn es nutzt allein den Unternehmen. Würden sie wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt, käme das die Beschäftigten billiger, als wenn sie Riester und andere Zusatzversicherungen allein bezahlen müssen, um die in der gesetzlichen Rente geschlagenen Lücken zu schließen. Dann wäre für sie auch ein geringfügig höherer Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu verkraften, mit dem die Rente ab 67 überflüssig wäre. Denn sie begrenzt den Beitragssatz bis 2030 lediglich um 0,5%.

* Die gesetzliche Rente muss zur solidarischen Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden: Alles Berufsgruppen – ob abhängig Beschäftigte, Selbständige, Beamte/innen, Politiker/innen – alle sollen auf ihr gesamtes Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rente einzahlen. Wenn die hohen Ansprüche gleichzeitig abgeflacht werden, entsteht dadurch auch finanzieller Spielraum für Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rente.

Rente ab 67 stoppen

- Gewerkschaften und Sozialverbände mobilisieren im Herbst verstärkt gegen die Rente ab 67
- DIE LINKE. unterstützt dies und unternimmt verstärkt eigene Aktivitäten
- Beteiligt Euch daran: Rente ab 67 stoppen – soziale Alternativen durchsetzen!



Wie wir gesehen haben, ist die Rente ab 67 nicht alternativlos. Im Gegenteil: Die Prämissen, auf denen sie beruht, sind falsch und es gibt soziale Alternativen. Dies – und das die Rente ab 67 sozialpolitisch unverantwortlich ist und deshalb zurück genommen werden muss – wollen wir im Herbst mit aller Macht vertreten, um die Bundesregierung zu zwingen, die Rente ab 67 doch noch zurück zu nehmen.

Auch Gewerkschaften und Sozialverbände mobilisieren im Herbst verstärkt gegen die Rente ab 67

DIE LINKE. unterstützt dies und unternimmt verstärkt eigene Aktivitäten

Unsere Bitte: Beteiligt Euch daran!

Rente ab 67 stoppen – soziale Alternativen durchsetzen!

Vielen Dank für
Eure Aufmerksamkeit!

